

MONATSBERICHTE DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTES FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

XXI. Jahrgang, Nr. 10

Oktober 1948

Inhalt

Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Gefahrenmomente im Übergang von der Bewirtschaftung zur Marktwirtschaft

Die Labilität der gegenwärtigen Wirtschaftslage — Fortschreitender Abbau der Bewirtschaftung und der Preisbindungen — Die Gefahr eines Versagens des Marktmechanismus — Ständige Ausweitung des Geldvolumens — Mangelndes Gleichgewicht im Staatshaushalt — Überdimensionierte Investitionsgütererzeugung — Sicherung der Stabilität und des weiteren wirtschaftlichen Fortschrittes

Währung, Geld- und Kapitalmarkt; Weitere Ausdehnung des Kreditvolumens — Preise, Lebenshaltungskosten, Löhne — Ernährung; Qualitative Zusammensetzung der Ernährung — Landwirtschaft; Strukturverschiebungen im Zuckerrübenanbau — Energiewirtschaft — Gewerbliche Produktion; Die Produktionsentwicklung bei den Linzer Stickstoffwerken — Umsätze — Arbeitslage; Leicht steigende Frauenarbeitslosigkeit — Verkehr; Der Donauverkehr in Österreich — Außenhandel

Die gegenwärtige Lage auf dem Baustoffmarkt

Die Entwicklung der Baustoffproduktion — Die Entwicklung der Nachfrage — Maßnahmen zur Wiederherstellung des Gleichgewichtes auf dem Baustoffmarkt

Unrichtige Agrarstatistik erschwert Lenkung der Ernährungswirtschaft

Allgemeine und besondere Fehlerquellen — Die Wirklichkeit widerlegt die Agrarstatistik — Ernährungswirtschaft mit aus der Luft gegriffenen Globalkontingenten — Das wachsende Interesse der Landwirtschaft an richtigen Ernteziffern

Österreichische Wirtschaftszahlen

(Genaue Inhaltsangabe auf der 3. Umschlagseite)

Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Gefahrenmomente im Übergang von der Bewirtschaftung zur Marktwirtschaft

Die bisher so günstige Entwicklung der österreichischen Wirtschaft seit der Währungsreform läßt erstmals Anzeichen gewisser Störungen erkennen. Es war vorauszusehen, daß das neue Preis-Lohn-Abkommen infolge seiner linearen, auf die verschiedene Leistungsfähigkeit der einzelnen Zweige und Betriebe nicht Bedacht nehmenden Belastung der gewerblichen Wirtschaft und infolge der Erhöhung der Defizite der öffentlichen Haushalte nicht ohne gesamtwirtschaftliche Reaktionen bleiben wird. Wohl bieten die Überwälzung der Agrarpreis-sabventionen auf die Konsumentenpreise sowie die auch aus anderen Gründen sich ergebenden Rektifizierungen des Preisgefüges, wie z. B. die Verteuerung einzelner Genußmittel, an sich noch keinen Anlaß zur Beruhigung, da neben den gegenwärtigen Preis-

triebstendenzen nach wie vor auch eine Reihe kosten-senkender Elemente wirksam ist. Die ständige Ausweitung des Geldvolumens, die Unausgeglichenheit des Staatshaushaltes und das Mißverhältnis zwischen Investitions- und Konsumgüterproduktion sind jedoch Faktoren, die auf die Dauer den störungsfreien Übergang von der Bewirtschaftung zur Marktwirtschaft in der Tat gefährden könnten.

Die Labilität der gegenwärtigen Wirtschaftslage

— In der zweiten Oktoberhälfte waren auf verschiedenen reagiblen, freien und „schwarzen“ Märkten deutliche Preisauftriebstendenzen festzustellen. Die Aktienkurse an der Wiener Börse, die im September noch eine sinkende Tendenz aufwiesen, hatten sich bereits in der ersten Oktoberhälfte erholt und

lagen Mitte Oktober mit 315·9 etwas höher als zur gleichen Zeit des Vormonates (303·3, März 1938 = 100). Bis Mitte Oktober war jedoch keine außergewöhnliche Bewegung auf der Börse festzustellen. Erst am 22. Oktober trat plötzlich ein deutlicher Umschwung ein. Der Kursindex stieg an zwei aufeinanderfolgenden Börsentagen jeweils fast um die volle zulässige Spanne (bekanntlich werden an einem Stichtag nur Kurssteigerungen bis zu 10% und Kurssenkungen bis zu 3% zugelassen) und erreichte am 22. 10. 339·0 und am 25. 10. 356·1. Bei freier Kursbildung wären die Kurse wahrscheinlich noch stärker gestiegen. Eine ähnliche Entwicklung zeigen die „schwarzen“ Devisenkurse und der Goldpreis. Einer leicht sinkenden Tendenz im September folgte im Oktober eine beachtliche Steigerung (der „schwarze“ Dollarkurs in Wien sank von 55 am 6. September auf 48 am 20. September und stieg bis 25. Oktober auf 58). Auch im *Wiener Dorotheum* war eine merkliche Belebung der Nachfrage, verbunden mit Preissteigerungen zu beobachten. Dagegen trat bei den Schwarzmarktpreisen für Nahrungs- und Genußmittel bisher noch kein deutlicher Tendenzumschwung ein. Lediglich Zigaretten und Zucker verschwanden kurze Zeit vom Schwarzen Markt und werden seither zu etwas höheren Preisen angeboten.

Diese Entwicklung ist offensichtlich eine Reaktion auf die in jüngster Zeit zirkulierenden Gerüchte über neue Währungsmaßnahmen bzw. über eine Abwertung des Schillings. Es ist dabei bemerkenswert, daß sie in Wien, zum Unterschied von den Bundesländern, bisher fast ausschließlich auf einige von psychologischen Faktoren stark abhängige Märkte und auf eine relativ kleine Zahl von Produzenten und Händlern beschränkt blieb.

Man darf indessen die Bedeutung dieser — zunächst offenbar spekulativen — Preisauftriebs-tendenzen nicht überschätzen. Die österreichische Wirtschaft erscheint durch die günstige Entwicklung in den vergangenen Monaten so weit konsolidiert, daß sie Störungen, soweit diese nur psychologisch bedingt sind, sicherlich ohne nachhaltige Schäden ausbalancieren kann.

Trotzdem sollte nicht übersehen werden, daß die gegenwärtig überwiegend spekulativ begründeten Reaktionen doch nicht jeder „realen“ Grundlage entbehren und daß gerade die österreichische Bevölkerung durch die schlechten Erfahrungen nach dem ersten und zweiten Weltkrieg äußerst „inflationbewußt“ ist. Es ist daher durchaus möglich, daß schon verhältnismäßig geringfügige Preisauftriebs-tendenzen auf Teilmärkten, die in anderen Staaten

keine Rückwirkungen auf die Gesamtwirtschaft auslösen würden, in Österreich den Anstoß zu einer Welle pessimistischer Erwartungen geben könnten. In diesem Zusammenhang ist auch die Tatsache von Bedeutung, daß die deflationistische Grundhaltung in den ersten Monaten nach dem Währungsschutzgesetz bereits zur Jahresmitte ganz allgemein von einer verstärkten Nachfrage abgelöst wurde. Kennzeichnend hierfür kann die Entwicklung auf dem Baustoffmarkt angesehen werden. Entgegen den vielfach gehegten Befürchtungen, daß als Folge der Währungsreform eine Krise in der Bauwirtschaft und damit auch in den Baustoffindustrien ausbrechen werde, zeigt sich in den letzten Monaten sowohl bei den bewirtschafteten als auch bei den freien Baustoffen, daß trotz ständig steigender Produktion die Nachfrage nicht nur mit der Produktion Schritt hält, sondern diese sogar übertrifft¹⁾. Die Folge davon ist eine Zunahme der Auftragsrückstände bei unzureichenden oder sogar abnehmenden Lagerbeständen sowie allgemeine Verknappungserscheinungen (Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Baustoffen für wichtige Bauvorhaben, neuerliches Entstehen von Schwarzmarktpreisen, insbesondere bei Verkäufen an die bäuerliche Bevölkerung²⁾).

Eine ähnliche, wenn auch nicht so ausgeprägte Tendenz läßt sich auf dem Textilmarkt erkennen. Leicht entbehrliche Erzeugnisse und schlechte Qualitäten finden zwar nach wie vor keinen Absatz. Die Lager an amerikanischen Überschußgütern — abgesehen von einigen schwer verkäuflichen Erzeugnissen sowie von Berufsbekleidung — erschöpfen sich jedoch allmählich und an einigen Waren, wie Wintermänteln und wollhaltigen Stoffen guter Qualität besteht ein ausgesprochener Mangel.

Die angespannte Lage ist zur Zeit weniger beim Verkauf an die Letztverbraucher zu bemerken, da viele Kleinhändler noch immer über ein relativ reich sortiertes Warenlager verfügen, als vielmehr in den vorgelagerten Stufen. Sowohl der Handel als auch die Konfektionäre klagen über außerordentliche Schwierigkeiten bei der Nachschaffung hauptsächlich von Meterware. Diese Stockungen sind zum Teil auf den Produktionsrückschlag der Zellwollefabrik in Lenzing im Frühjahr dieses Jahres zurückzuführen und sollten in absehbarer Zeit überwunden

¹⁾ Siehe hiezu: „Die gegenwärtige Lage auf dem Baustoffmarkt“, S. 379 ff.

²⁾ Zum Teil dürfte die Knappheit an Baustoffen allerdings auch auf Fehlleitungen durch die Bewirtschaftung und, wie z. B. bei Zement, auf den Mangel an Transportraum und Verpackungsmaterial zurückzuführen sein.

werden können, da die Zellwolleproduktion seither bedeutend gestiegen ist. Außerdem beginnen sich allmählich die Rohstofflieferungen im Rahmen des Marshall-Planes auszuwirken. Immerhin kann als Folge der vorübergehenden Stockungen mit dem Einsetzen des Weihnachtsgeschäftes auch im Textilkleinhandel eine gewisse Warenverknappung fühlbar werden.

Auf eine Tendenzumkehr deutet besonders auch die stärkere Belebung der Umsätze seit Juni hin. Der Index der Kleinhandelsumsätze ist entgegen der normalen Saisonbewegung im Juli um 17,9% gestiegen und konnte diese Höhe im August fast halten, wiewohl die Umsätze in diesem Monat saisonmäßig immer den tiefsten Stand erreichen. Weitere Umsatzergebnisse liegen noch nicht vor. Angaben aus einzelnen Branchen lassen jedoch erkennen, daß sich die Nachfrage im Herbst weiter verstärkt hat. Insbesondere bei langlebigen Konsumgütern, wie Möbeln und kunstgewerblichen Erzeugnissen, die nach dem Währungsschutzgesetz nur schwer verkäuflich waren, sind die Umsätze bedeutend gestiegen. Es läßt sich allerdings noch nicht eindeutig beurteilen, ob die neuerliche Umsatzbelebung im Herbst nur eine Folge saisonmäßiger Einflüsse bzw. bei dauerhaften Konsumgütern eine Folge der Normalisierung der Nachfragestruktur ist, oder ob in ihr bereits Anzeichen für eine allgemeine, die laufende Produktion übertreffende Nachfragesteigerung zu erblicken sind.

Die angeführten Beispiele rechtfertigen es sicherlich noch nicht, von neuen inflationistischen Auftriebstendenzen zu sprechen, zumal da auf anderen Gebieten, wie etwa dem der „schwarzen“ Lebensmittelpreise, infolge der besseren Ernte und der Erhöhung der offiziellen Kaloriensätze noch preissenkende Faktoren wirksam sind. Sie zeigen jedoch, daß die Wirtschaftslage labil ist und daß schon relativ geringfügige spekulative Preissteigerungen die Wirtschaft neuerlich aus dem Gleichgewicht zu bringen drohen. In diesem Zusammenhang ist auch auf die bevorstehenden Produktionseinschränkungen als Folge der Stromknappheit im kommenden Winter hinzuweisen, die das Güterangebot voraussichtlich weiter verknappen werden.

Fortschreitender Abbau der Bewirtschaftung und der Preisbindungen

Der oben geschilderten Labilität kommt insbesondere erhöhte Bedeutung zu, als mit dem fortschreitenden Abbau der Bewirtschaftung und der Preiskontrolle die Wirtschaftspolitik immer mehr die

Möglichkeit verliert, unmittelbar in die Preisbildung und in die Güterverteilung einzugreifen. Seit dem Frühjahr 1948 ist die *Bewirtschaftung* schrittweise gelockert worden. Eine Reihe von Waren, u. a. Fahrzeuge, Papier, der größte Teil der Chemikalien, sämtliche Konsumgüter aus Eisen und Metallen, alle Baustoffe mit Ausnahme von Dachziegeln, Glas, Baueisen und Dachpappe, der überwiegende Teil fertiger Textilwaren, alle Arten von Schuhen, ausgenommen solche ganz aus Leder, Genußmittel (Tee, Kaffee, Kakao, Schokolade) sowie Gemüse, die vor einem Jahr noch bewirtschaftet war, kann heute ohne Bezugschein an die Verbraucher abgegeben werden. Über eine weitere Lockerung der Bewirtschaftung, insbesondere für Eisen und Stahl sowie für noch bewirtschaftete Baustoffe, wird von der Bundesbewirtschaftungs-Kommission im November entschieden werden.

Etwas vorsichtiger war man bei der Aufhebung der *amtlichen Höchstpreise*. Erst im Oktober wurde durch das Preisregelungsgesetz, das sämtliche preisgebundenen Waren erschöpfend aufzählt, eine Reihe von Waren der freien Preisbildung überlassen. Der Kreis der weiterhin preisgebundenen Waren ist aber noch bedeutend größer als der der bewirtschafteten Waren, wiewohl die Festsetzung amtlicher Höchstpreise für nicht bewirtschaftete Waren weitgehend unwirksam ist, da die Unternehmer mangels ausreichender Kontrolle unschwer in höhere Preise oder auf den Schwarzen Markt ausweichen können, sofern der amtliche Höchstpreis unter dem Marktpreis liegt¹⁾.

Die allmähliche Aufhebung der Bewirtschaftung und der Preiskontrolle hat zur Folge, daß ein immer größerer Teil des Wirtschaftsablaufes durch die Gesetze des Marktmechanismus bestimmt wird. Die größte Freizügigkeit hat bisher der Konsumgütermarkt erreicht, wo mit Ausnahme der rationierten Hauptnahrungsmittel nur noch wenige Waren an die Bezugscheinpflicht bzw. an offizielle Höchstpreise gebunden sind. Auf dem Gebiet der Produktionsmittel und Rohstoffe überwiegen jedoch noch direkte Lenkungsmaßnahmen.

Das zur Zeit bestehende *Nebeneinander verschiedener Ordnungsprinzipien*: direkte Lenkung durch amtliche Preisbildung und Bewirtschaftung auf der einen Seite, automatische Selbstregulierung durch

¹⁾ Andererseits erweist sich die Festsetzung amtlicher Höchstpreise in vielen Fällen auch als ein Hindernis für Preissenkungen, da der Höchstpreis wie ein Kartellpreis wirkt und die Preis konkurrenz der einzelnen Unternehmer ausschaltet.

den Preismechanismus auf der anderen Seite, ist zweifellos unbefriedigend. Es beeinträchtigt die Anpassungsfähigkeit und führt zu Fehlleitungen, die sich auf die Gesamtentwicklung der Wirtschaft nachteilig auswirken. Insoweit ist den Vertretern der „freien“ Wirtschaft sicherlich zuzustimmen, wenn sie für eine möglichst rasche Abschaffung der direkten Kontrollen eintreten. Die Funktionsfähigkeit des Marktmechanismus hängt jedoch auch noch von einer Reihe anderer Faktoren ab.

Die Gefahr eines Versagens des Marktmechanismus

Seit dem Währungsschutzgesetz hat die Wirtschaftspolitik ein Konzept zu verwirklichen versucht, das durch die Begriffe „Rückkehr zur Marktwirtschaft“ und „Beseitigung der direkten Lenkung“ gekennzeichnet ist. Diese wirtschaftspolitische Zielsetzung drängte sich trotz vieler Bedenken gegen eine überstürzte Aufhebung direkter Lenkungsmaßnahmen auf, da immer deutlicher wurde, daß die wirtschaftlichen, politischen und organisatorischen Voraussetzungen für eine erfolgreiche direkte Lenkung der Wirtschaft fehlten.

Es ist jedoch wichtig zu erkennen, daß auch der marktwirtschaftliche Weg nur dann ohne Gefahr beschritten werden kann, wenn eine Reihe von Bedingungen gegeben ist, die erst ein störungsfreies und vor allem sozial befriedigendes Funktionieren des Marktmechanismus ermöglichen. Hierzu gehören neben der einmaligen Beseitigung des Geldüberhangs und der allmählichen Abschaffung überflüssig gewordener direkter Lenkungsinstrumente Maßnahmen zur Bekämpfung privater Monopole, eine vorsichtige Geld- und Kreditpolitik, die durch eine entsprechende Produktions- und Außenhandelspolitik unterstützt werden muß, der Ausgleich des Staatshaushaltes bei einer erträglichen Steuerbelastung — eine Bedingung, die unter den österreichischen Verhältnissen wahrscheinlich erst nach einer Verwaltungsreform erfüllt werden kann. — sowie für die Zeit der Minderleistungsfähigkeit der heimischen Wirtschaft ausländische Hilfe in Form von Anleihen und Geschenken.

Ständige Ausweitung des Geldvolumens

Eine globale Gegenüberstellung der Geldmenge und der Faktoren, die die Geldnachfrage beeinflussen, läßt bereits erkennen, daß sich auf der Geldseite eine Entwicklung anbahnt, die das Gleichgewicht einer freien Marktwirtschaft gefährden könnte. Seit dem ersten Nationalbankausweis nach dem Währungsschutzgesetz ist der Notenumlauf um 1,7 Mrd. S oder

50%¹⁾ gestiegen. Der monatliche Zuwachs bewegt sich zwischen 150 und 250 Mill. S, ohne daß bisher Anzeichen für eine Verlangsamung der Umlaufvermehrung feststellbar sind. Es ist im Gegenteil damit zu rechnen, daß der Notenumlauf in Zukunft noch stärker zunehmen wird, da die Erlöse aus ausländischen Hilfslieferungen, die bisher auf einem Sperrkonto bei der Nationalbank stillgelegt wurden und damit der Umlaufvermehrung entgegenwirkten, für Lebensmittelsubventionen, den Wohnungswiederaufbau und die Deckung des außerordentlichen Budgets verausgabt werden. Gleichzeitig mit dem Notenumlauf haben sich die freien Scheckeinlagen beträchtlich erhöht. Seit Ende Dezember 1947 sind die frei verfügbaren Scheckeinlagen durch Freigabe zeitlich gesperrter Konten sowie durch neue Einlagen um rund 432 Mill. S oder um 10%¹⁾ gestiegen.

Die bisherige Vermehrung der Geldmenge war zweifellos relativ größer als die Zunahme der Geldumsätze (als Produkt der umgesetzten Mengen und der Preise). Das reale Umsatzvolumen (und damit das reine Volkseinkommen) ist zwar hauptsächlich infolge der starken Belegung der industriellen Produktion beachtlich gestiegen, wenn auch nicht so stark wie der Geldumlauf. Da jedoch gleichzeitig die Preise, insbesondere auf dem Schwarzen und Grauen Markt, gesunken sind, dürften die Geldumsätze und damit das nominelle Volkseinkommen nur geringfügig, wenn überhaupt, zugenommen haben.

Zu einem ähnlichen Schluß gelangt man von der Einkommensseite. Die Einkommen der Unselbständigen sind seit dem Währungsschutzgesetz zumindest bis zum Preis-Lohn-Abkommen im August nur geringfügig gestiegen (der Index der Nettoverdienste für Arbeiter hat sich seit Dezember 1947 nur um 5,7% erhöht, während die Angestelltegehälter praktisch unverändert blieben). Desgleichen dürfte die Einkommenserhöhung der Selbständigen nicht bedeutend gewesen sein, da die erhöhten Mengenumsätze teilweise durch den Rückgang der „schwarzen“ und „grauen“ Preise wettgemacht werden. Das Preis-Lohn-Abkommen vom August brachte zwar eine rund 15%ige Erhöhung der Lohn- und Gehaltssumme (einschließlich der Pensionen und Renten), sie beeinflußt jedoch den Geldbedarf nur unbedeutend, da sie aus den Unternehmerrgewinnen getragen werden soll¹⁾.

Wenn trotz dem neuerlich entstehenden Maßverhältnis zwischen Geld- und Gütervolumen bis vor kurzem zumindest auf dem Schwarzen Markt noch die sinkende Preistendenz überwog, so ist dies haupt-

¹⁾ Siehe Monatsbericht Nr. 9, Sept. 1948, S. 327.

sächlich auf eine psychologisch bedingte verstärkte Kassenhaltung der Betriebe zurückzuführen. Daraus darf jedoch nicht geschlossen werden, daß die Wirtschaft beliebige Geldmengen absorbieren wird, ohne daß Reaktionen auf der Preisseite ausgelöst werden; vor allem dann nicht, wenn die Umlaufsmittel, wie dies zur Zeit geschieht, in Form zusätzlicher Kredite oder zusätzlicher Staatsausgaben unmittelbar in den Einkommenskreislauf gepumpt werden. Auch wenn sich die Erwartungen der Wirtschaft über die zukünftige Preisentwicklung nicht ändern und das Vertrauen in die Währung gewahrt bleibt, muß die zunehmende Geldflüssigkeit früher oder später auch zu größeren Geldausgaben und damit in einer vollbeschäftigten Wirtschaft zu Preissteigerungen führen.

Die Vermehrung der Geldmenge seit dem Währungsschutzgesetz ist hauptsächlich auf zwei Ursachen zurückzuführen: Auf den nicht durch laufende Einnahmen gedeckten Finanzbedarf des Staates und auf die Kreditausweitung der Kreditinstitute, vor allem zugunsten der Produktionsmittelindustrien.

Mangelndes Gleichgewicht im Staatshaushalt

Der Bundesvoranschlag für das Jahr 1948 wies bei ausgeglichenem laufendem Budget ein Defizit im außerordentlichen Haushalt von rund 600 Mill. S aus. Infolge eines größeren Betriebsabganges der Bundesbahnen, Mindereinnahmen bei der Tabaksteuer sowie zusätzlicher Belastungen durch das Preis-Lohn-Abkommen dürfte, wenn man von der zusätzlichen Belastung infolge des neuen Preis-Lohn-Abkommens von etwa 200 Mill. S absieht, dank der günstigen Entwicklung einzelner Steuereinnahmen in der laufenden Gebarung mit einem verhältnismäßig kleinen Defizit von nur rund 100 Mill. S und bei Erfüllung des vorgesehenen Investitionsprogrammes mit einem Gesamtdefizit von rund 700 Mill. S zu rechnen sein. Dazu kommen weitere Ausgaben, die nicht im Budget enthalten sind, und zwar: schätzungsweise 300 Mill. S für Besatzungs- und DP-Kosten¹⁾, rund 390 Mill. S für Lebensmittelsubventionen²⁾, 200 Mill. S für der Wohnungsbau sowie 300 Mill. S für Kredite an verstaatlichte Unternehmungen. Insgesamt ist daher im Jahre 1948 mit einem Gesamtdefizit von rund

¹⁾ Für das Jahr 1948 wurden 600 Mill. S Besatzungskosten vereinbart, von denen jedoch nur ein Teil beansprucht wird. An DP-Kosten wurden im ersten Halbjahr 1948 677 Mill. S ausgegeben.

²⁾ Im Jahre 1948 werden voraussichtlich für Milch 150 Mill. S, für Fleisch 60 Mill. S, für Kartoffeln 100 Mill. S und für Getreide 80 Mill. S Subventionen auflaufen.

2.100 Mill. S zu rechnen, das nur zum Teil nicht inflatorisch aus den Erlösen ausländischer Hilfslieferungen, zum Teil jedoch durch umlaufvermehrnde zusätzliche Kredite (Begebung von Schatzscheinen) und Auflösung bisher stillliegender Kassenreserven finanziert wird.

Ein ähnliches Bild zeigt der soeben im Nationalrat eingebrachte Bundesvoranschlag für das Jahr 1949. Sämtliche Ausgaben, die voraussichtlich aus den laufenden Einnahmen bestritten werden können, wurden wie bisher im ordentlichen Haushalt eingestellt, der dadurch ausgeglichen erscheint, während die durch zusätzliche Einnahmen zu deckenden Ausgaben in den außerordentlichen Haushalt verwiesen wurden. Das veranschlagte Gesamtdefizit ist mit 1.476,3 Mill. S mehr als doppelt so hoch wie dieses Jahr. Dagegen werden die zusätzlichen, nicht im Budget enthaltenen Ausgaben (Restbetrag für Lebensmittelsubventionen, Besatzungs- und DP-Kosten usw.) vermutlich erheblich niedriger sein, so daß das Gesamtdefizit etwa die Höhe von 1948 erreichen dürfte, unter der Annahme, daß nicht noch weitere Investitionsvorhaben finanziert werden müssen.

Die Entwicklung des Staatshaushaltes¹⁾

	Abschluß		Voranschlag	
	1946	1947	1948	1949
	Mill. S			
Laufende Gebarung				
Einnahmen	2.678'67	5.410'48	5.092'03	6.089'44
Ausgaben	2.471'66	4.209'50	5.091'31	6.090'79
Differenz	+ 207'01	+ 1.200'98	+ 0'72	+ 1'35
A. o. Ausgaben	318'53	669'70	598'47	1.442'25
Gesamtdefizit	- 111'52	+ 531'28	- 597'75	- 1.440'90

¹⁾ Ohne Besatzungskosten und Ausländerbetreuung.

Angesichts der weiter bestehenden hohen Kriegsteuern, die auf die Dauer mit einer funktionsfähigen Marktwirtschaft unvereinbar sind, kann eine Verminderung des Staatsdefizits und damit auch eine Beseitigung der vom Budget ausgehenden Gefährdung des monetären Gleichgewichtes nur durch eine Beschränkung der Staatsausgaben, vor allem für Verwaltungszwecke, erreicht werden. Die bereits seit langem diskutierte, aber bisher nicht begonnene Verwaltungsreform erscheint damit eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Verwirklichung einer stabilen Marktwirtschaft.

Überdimensionierte Investitionsgütererzeugung

Außer auf das Defizit im Staatshaushalt war die Ausweitung des Zahlungsmittelumlaufes vor allem auf eine großzügige Kreditpolitik der Kreditinstitute zurückzuführen. Im ersten Halbjahr 1948 gewährten die Kreditinstitute rund 900 Mill. S zusätzliche Kredite; davon entfielen allein 565 Mill. S

auf das erste Quartal 1948. Da sich mit dem Eintreffen von Rohstoffen und Investitionsgütern im Rahmen des Marshall-Planes der Kreditbedarf der Wirtschaft weiter erhöhen wird, dürfte es kaum zu hoch geschätzt sein, wenn für das Jahr 1948 eine Kreditausweitung von 1,5 Mrd. S angenommen wird. Diese freigebige Kreditpolitik, die den Banken durch relativ große Giro Guthaben bei der Nationalbank sowie durch Rediskont von Schatzwechseln ermöglicht wurde, hat zur Folge, daß nicht nur die seit der Währungsreform erwartete Umschichtung der Produktion zugunsten der Erzeugung von Konsumgütern ausblieb, sondern daß sich im Gegenteil die Spannung zwischen Produktions- und Konsumgütererzeugung weiter verschärfte¹⁾. Auf die Problematik einer überstarken Investitionstätigkeit im Rahmen einer Marktwirtschaft bei Vollbeschäftigung und geringer Sparneigung der Unselbständigen wurde bereits wiederholt hingewiesen. Sie läßt sich bei einem grundsätzlich freien Konsumgütermarkt nur so lange ohne Gefährdung des Preis- und Lohnniveaus fortsetzen, als die Arbeiterschaft bereit ist, trotz steigender Gesamtproduktion und zunehmender Unternehmergewinne auf eine entsprechende Erhöhung ihrer Reallöhne zu verzichten. Fehlt diese Bereitschaft, so sind insbesondere, wenn den einzelnen Gewerkschaften freie Hand für Lohnverhandlungen gegeben wird, wechselseitige Preis-Lohn-Erhöhungen und neue inflationistische Entwicklungen unvermeidlich.

Sicherung der Stabilität und des weiteren wirtschaftlichen Fortschrittes

Nach den bisherigen Ausführungen ist die gegenwärtige labile Wirtschaftslage im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß das „marktwirtschaftliche Konzept“ bisher nur teilweise konsequent verfolgt wurde. Während man im Abbau der Bewirtschaftung und der Preisbindungen bereits große Fortschritte gemacht hat, vermißt man auf

¹⁾ Der Investitionsgüterindex stand im August auf 148,83 (Durchschnitt 1937 = 100), während der Konsumgüterindex erst 68,15 erreichte. Auch seit dem Währungsschutzgesetz war die Produktionssteigerung bei den Produktionsmitteln mit 57% größer als bei den Konsumgütern (41%).

dem Gebiet des Geld- und Kreditwesens und in der Produktions- und Budgetpolitik die für das reibungslose Funktionieren des Marktmechanismus gleich unerläßliche Folgerichtigkeit.

Das wirtschaftliche Gleichgewicht hängt unter den gegebenen Umständen von zwei äußerst ungewissen Faktoren ab: Erstens von der Bereitschaft der Wirtschaft, gleichzeitig mit der Erhöhung der Geldmenge ihre Kassenhaltung zu vergrößern, und zweitens von der Zurückhaltung der Arbeiterschaft hinsichtlich Lohnforderungen, und zwar auch dann, wenn der Reallohn nicht mit der Entwicklung der Gesamtproduktion und der Unternehmereinkommen Schritt hält.

Wenn man den einmal eingeschlagenen Weg zur freien Marktwirtschaft weiter beschreiten will, so kann auf die Dauer die wirtschaftliche Stabilität und damit auch der wirtschaftliche Fortschritt nur dann gesichert werden, wenn auch auf der Währungsseite die für das Funktionieren des Marktmechanismus notwendigen Voraussetzungen, die ursprünglich durch das Währungsschutzgesetz gegeben waren, gewahrt bleiben. Die Maßnahmen, die hierzu notwendig sind, wurden in den Monatsberichten bereits wiederholt erwähnt: Eine vorsichtige Kreditpolitik, Maßnahmen zur Förderung des Sparens, Abbau des Defizits im Staatshaushalt durch eine durchgreifende Verwaltungsreform sowie eine relative Beschränkung der Investitionstätigkeit bei bewußter Förderung der Konsumgüterproduktion. Vor allem aber scheint es während der kritischen Periode im kommenden Winter dringend geboten, alle Maßnahmen zu vermeiden, die zu einer Beunruhigung der Wirtschaft Anlaß geben könnten. Die augenblicklich auf einzelnen Teilmärkten wahrnehmbaren Störungen beruhen im wesentlichen auf haltlosen Gerüchten und brauchen daher in ihrer Bedeutung nicht überschätzt zu werden. Die auf längere Sicht wohl möglichen ernsteren Störungsfaktoren sind jedoch keineswegs unvermeidlich. Nicht nur, weil mit vollem Wirksamwerden der Auslandshilfe eine weitere Steigerung der Produktion und dadurch eine noch größere Festigung der Wirtschaft erwartet werden kann, sondern weil es auch die Wirtschaftspolitik in der Hand hat, durch geeignete Maßnahmen rechtzeitig ungünstigen Entwicklungen vorzubeugen.

Währung, Geld- und Kapitalmarkt

Dazu statistische Übersichten S. 387—388.

Der *Notenumlauf* stieg im September um rund 218 Mill. S und überschritt damit erstmalig die 5-Mrd.-Grenze. Die Ausweitung des Notenumlaufes war in erster Linie auf eine verstärkte Rediskontierung von Wechseln (174 Mill. S Schatzscheine und 7 Mill. S Handelswechsel) zurückzuführen. Ein geringerer Teil der Notenumlaufvermehrung ging zu Lasten der Giroverbindlichkeiten der Nationalbank, die insgesamt um 42 Mill. S abnahmen. (Die freien Verbindlichkeiten verminderten sich um rund 26 Mill. S¹⁾ und die zeitlich gesperrten um 15 Mill. S.)

Mit dem neuerlichen Rückgang der gesperrten Giroverbindlichkeiten öffentlicher Stellen (im Vormonat betrug die Abnahme 239 Mill. S), die im wesentlichen aus den Schillingerglösen für ausländische Hilfslieferungen bestehen, zeichnet sich ein neues Stadium der Geldpolitik ab. Im I. Halbjahr 1948 vollzog sich die Ausweitung des Notenumlaufes fast ausschließlich zu Lasten der freien Giroverbindlichkeiten (öffentliche Stellen und Kreditinstitute) sowie der zeitlich gesperrten Giroverbindlichkeiten der Kreditinstitute, die zur Aufrechterhaltung ihrer Liquidität freigegeben wurden. Als die Liquidität der Kreditinstitute durch eine starke Ausweitung ihres Kreditvolumens und durch die Aufnahme von Bundesschatzscheinen abnahm, mußten sie zur Fortsetzung ihrer bisherigen Kreditpolitik den Notenbankkredit durch Rediskontierung von Schatzwechseln beanspruchen. Bereits im Juli wurden 195 Mill. S und im September neuerdings 174 Mill. S Schatzscheine rediskontiert. Eine weitere Quelle der Notenumlaufvermehrung bildet nunmehr die Ausschöpfung der bisher stillgelegten Hilfsfonds. Während die Sperrung der Erlöse aus den ausländischen Lieferungen ein starkes Gegengewicht gegen eine übermäßige Ausweitung des Notenumlaufes darstellte, übertrafen sowohl im August als auch im September die Freigaben aus dem Hilfsfonds für Lebensmittelsubventionen und die Deckung des außerordentlichen Budgets die laufenden Abgänge und bewirkten damit eine weitere Ausdehnung des Notenumlaufes. Die Verschiebung des Schwerpunktes der Geldausweitung von den Giroreserven der Kreditinstitute zur Diskontpolitik der Notenbank und zur Verwendung des Hilfsfonds, über die bereits konkrete Pläne bestehen, ist, geldpolitisch gesehen, insofern von besonderer Bedeu-

¹⁾ Einer Zunahme der freien Giro Guthaben öffentlicher Stellen um 21 Mill. S stand eine Abnahme der freien Guthaben der Kreditinstitute um 47 Mill. S gegenüber.

tung, als nunmehr die Nationalbank als oberste Währungsbehörde unmittelbar die Möglichkeit hat, den Notenumlauf zu regulieren und damit die volle Verantwortung für die weitere Entwicklung der Währung zu übernehmen.

Notenbankausweis Jänner—September 1948

	Ende Jänner	Ende Juni	Ende Juli	Ende September
	Mill. S			
Notenumlauf . . .	3.687	4.474	4.737	5.132
Giroguthaben der Kreditinstitute ¹⁾	1.813	771	652	635
Giroguthaben öffentl. Stellen				
a) frei	900	444	409	483
b) gesperrt ²⁾ . .	1.364	1.806	1.930	1.676
Bundesschatzscheine .	103	49	244	428

¹⁾ Frei und zeitlich gesperrt.

²⁾ Hauptsächlich Hilfsfonds.

Weitere Ausdehnung des Kreditvolumens

Die von der Nationalbank veröffentlichte Kreditstatistik per 30. Juni 1948 vermittelt wertvolle Ergebnisse über den Stand und die Entwicklung der von den Kreditinstituten gewährten Kredite.

Das *Kreditvolumen* der österreichischen Kreditinstitute betrug Ende Juni 1948 3.044 Mill. S, davon entfiel der überwiegende Teil, nämlich 70%, auf die Banken, 18% auf Sparkassen und 12% auf Genossenschaften. Die Zunahme war im II. Quartal 1948 etwas geringer als im I. Quartal (565,3 Mill. S), betrug aber immerhin 333 Mill. S oder 12,3% des Standes vom 31. März 1948. Das zeigt, daß die Wirtschaft trotz des relativ hohen Zinsfußes — für Kontokorrentkredite werden einschließlich Nebenspesen bis zu 9% gezahlt — auch nach Überwindung der durch das Währungsschutzgesetz ausgelösten Liquiditätsschwierigkeiten eine rege Nachfrage entfaltet, die von den Kreditinstituten weitgehend befriedigt wurde, ohne daß diese ihrerseits, zumindest im I. Halbjahr 1948, in nennenswertem Umfang den Kredit der Notenbank beanspruchen mußten.

Im Vergleich zur Kreditausweitung im I. Quartal 1948 lassen sich einige bemerkenswerte Veränderungen feststellen. Auffallend ist vor allem, daß im II. Quartal ein bedeutend größerer Teil der neuen Kredite (58% der zusätzlichen Kreditsumme) auf längerfristige Kredite (mit einer Laufzeit über zwölf Monate) entfällt. Die Kredite unmittelbar nach dem Währungsschutzgesetz waren überwiegend kurz- und mittelfristig und wurden zur Überbrückung von Liquiditätsschwierigkeiten und zum Teil zum Durchhalten von Warenlagern bis zur Besserung der Geschäftslage gewährt, während im II. Quartal, abgesehen vom kurzfristigen Wechselkredit, der wieder

etwas an Bedeutung gewonnen hat, mehr und mehr der längerfristige Kredit mit einer Laufzeit über ein Jahr in den Vordergrund trat.

Gliederung der Kredite nach der Laufzeit

	I. Quartal 1948	II. Quartal 1948
	in % ¹⁾	
Kurzfristig (bis 3 Monate)	32.2	26.9
mittelfristig (3 bis 12 Monate)	46.6	15.1
langfristig (über 12 Monate)	21.2	58.0
	100.0	100.0

¹⁾ Zunahmen der Kreditsumme verschiedener Laufzeiten in % der gesamten Kreditausweitung.

Der längerfristige Betriebskredit kam, wie die Aufgliederung nach Wirtschaftszweigen zeigt, hauptsächlich der Industrie, einschließlich des Bergbaues (plus 168.5 Mill S), zugute, während sich die Verschuldung des Handels im II. Quartal nur um 16.8 Mill. S erhöhte, gegenüber 115.7 Mill. S im I. Quartal. Relativ am stärksten nahm die Verschuldung der

Gruppe „Sonstige Kreditnehmer“ zu, die, wie auch aus dem geringen Durchschnittsbetrag pro Kredit (8.728 S gegenüber 20.750 S für sämtliche Kreditnehmer) ersichtlich, überwiegend Konsumkredite an Lohn- und Gehaltsempfänger sowie Gewerbetreibende enthält. Diese Gruppe beansprucht im II. Quartal mit 62.8 Mill. S sogar mehr Kredit als im I. Quartal (50.5 Mill. S).

Entwicklung des Kreditvolumens nach Wirtschaftszweigen

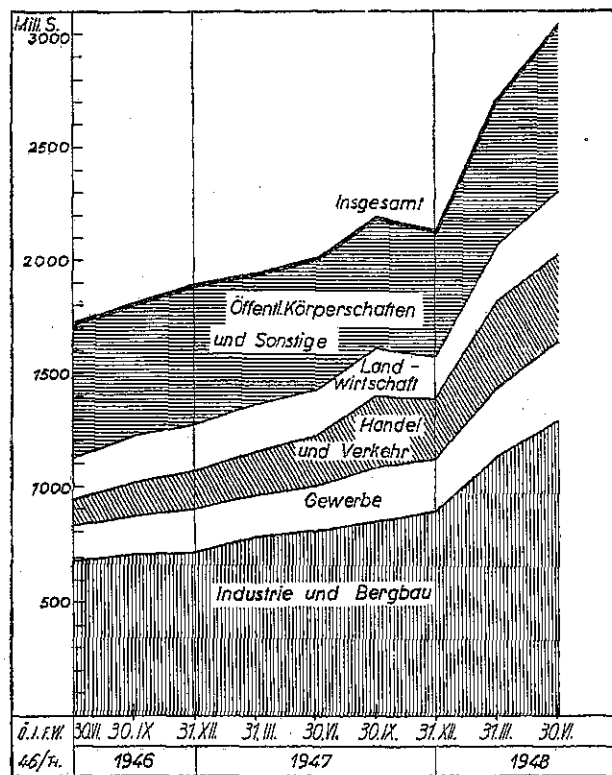
	1946 30. VI.	1947 30. VI.	31. XII. 1947	31. III. 1948	30. VI. 1948
	Millionen Schilling				
Landwirtschaft	193.9	201.9	183.5	245.4	263.2
Industrie u. Bergbau	681.8	803.7	885.8	1.112.3	1.290.8
Gewerbe	155.5	198.9	228.8	309.1	351.1
Handel u. Verkehr	117.5	215.6	265.2	380.9	397.7
Öffentliche Körperschaften	194.9	182.5	204.4	224.8	249.4
Sonstiges	380.9	409.7	378.5	429.0	491.8
Insgesamt	1.724.5	2.012.3	2.146.2	2.711.7	3.044.0

Charakteristisch für die Entwicklung des Kreditvolumens ist ferner die Wiederbelebung des Aktivgeschäftes der Sparkassen. Seit der ersten Veröffentlichung der Kreditstatistik per 30. Juni 1946 bis Ende Dezember 1947 hat der Anteil der Sparkassen am gesamten Kreditvolumen ständig abgenommen. Diese Entwicklung war auf die Umschichtung der Einlagen von Spar- auf Scheckkonten in der Zeit vor dem Währungsschutzgesetz zurückzuführen, von der besonders die Sparkassen, die zum überwiegenden Teil Sparkonten führen, betroffen wurden. Die leicht steigende Tendenz der Spareinlagen seit dem Währungsschutzgesetz ermöglichte auch den Sparkassen wieder eine stärkere Kreditgewährung. Im II. Quartal 1948 konnten sie ihr Kreditvolumen um 14% erhöhen, während die aushaftenden Kredite der Banken nur um 12% und die der Kreditgenossenschaften ebenfalls nur um 12% zunahmen.

Anteil der einzelnen Kreditinstitute am gesamten Kreditvolumen

	30. VI. 1946	31. XII. 1947	31. III. 1948	30. VI. 1948
	in Prozent			
Banken	64.9	69.2	70.3	70.2
Sparkassen	24.4	19.9	17.9	18.1
Kreditgenossenschaften	10.7	10.9	11.8	11.7
	100.0	100.0	100.0	100.0

Abb. 1. Die Entwicklung des Kreditvolumens nach Wirtschaftszweigen (Normaler Maßstab; in Mill. S)



Von Mitte 1946 bis Mitte 1948 erweiterte sich das Kreditvolumen der Kreditinstitute um 1.319.5 Mill. S (77%); davon entfielen allein 889 Mill. S auf das erste Halbjahr 1948. Relativ am stärksten nahm die Verschuldung im Handel und Verkehr zu (238%), gegenüber 126% im Gewerbe, 89% in der Industrie und nur 36% in der Landwirtschaft.

Preise, Lebenshaltungskosten, Löhne

Dazu statistische Übersichten S. 389-397

Die durchschnittlichen Nettotariflöhne für eine Familie mit zwei Kindern (einschließlich Erhaltungszulage und Kinderbeihilfe) stiegen im Oktober auf Grund der neuen Preislohnregelung um 21.5% und erreichen damit 374.0 (April 1945 = 100).

vereinbarte Lohnerhöhung für Lebensmittelarbeiter, die von der Zentrallohnkommission noch nicht erledigt wurde, sowie die Ermäßigung des Sozialversicherungsbeitrages, die erst im November in Kraft tritt, wurden noch nicht berücksichtigt.

Die seit dem Währungsschutzgesetz trotz unveränderter Tariflöhne laufend gestiegenen *Arbeiternettoverdienste* sind im August erstmalig geringfügig zurückgegangen. Der Verdienindex sank hauptsächlich wegen Rückganges der Zahl der Arbeitsstunden von 273,9 auf 273,2 (August 1938 = 100). Die Möglichkeiten, das Arbeitseinkommen bei unveränderten Tariflöhnen durch Übergang vom Zeit- zum Akkordlohn bzw. durch Überstunden zu vermehren, dürften im allgemeinen erschöpft sein. In Zukunft wird daher eher eine gleichlaufende Bewegung zwischen Tariflöhnen und Verdiensten bzw., falls die Energiekrise zu einer Beschränkung der Arbeitszeit zwingt, eine rückläufige Bewegung der Verdienste bei unveränderten Tariflöhnen zu erwarten sein.

Der Index der *Lebenshaltungskosten* nach einem friedensmäßigen Verbrauchsschema hat sich im Berichtsmonat auf 420,8 (April 1945 = 100) oder um 18,6% erhöht.

An dieser Steigerung sind die im Preis-Lohn-Abkommen festgelegten neuen Verbraucherpreise für Brot, Fleisch, Fett, Milch und Molkereiprodukte mit 13,7%¹⁾, die Verteuerung von Wein, Bier (dieses bei gleichzeitiger Annäherung an die Friedensqualität) und Marmelade sowie die saisonmäßig bedingte Erhöhung der Äpfelpreise (teilweise durch eine Senkung des Spinatpreises kompensiert) mit zusammen 0,3% und schließlich die Genußmittel Kaffee, Tee und Kakao mit 4,6% beteiligt.

Die Rektifizierung der Preise für *Kaffee, Tee und Kakao* im Lebenshaltungskostenindex erwies sich im Interesse einer möglichststen Annäherung des Index an die Wirklichkeit als notwendig, da die bisherigen legalen Höchstpreise für Kaffee von S 7,85 und für Tee von S 35,— je kg weder der tatsächlichen Entwicklung der Preise im Inlande noch der Weltmarktlage entsprechen. (Der amtliche Höchstpreis für Kakao von S 42,84 ist dagegen weitgehend wirklichkeitsnahe.) Die Genußmittel Kaffee, Tee und Kakao wurden kürzlich wohl aus der Bewirtschaftung, nicht aber auch aus der amtlichen Preisbindung entlassen, Mangels dementsprechender legaler Einfuhren gibt es zur Zeit aber für diese Genußmittel keine neuen legalen Höchstpreise. Da jedoch Kaffee und Tee gegenwärtig in allen einschlägigen

1) Auf Grund vorläufiger Berechnungen war eine Erhöhung von 14,9% angenommen worden; siehe Monatsbericht Nr. 9 (September 1948), S. 322. Das Ergebnis von 13,7% ist allerdings noch nicht endgültig, da bisher für Schweinefleisch kein amtlicher Preis festgesetzt wurde und daher nur ein voraussichtlicher Preis geschätzt werden konnte.

Einzelhandelsgeschäften *behördlich toleriert* zu Preisen verkauft werden, die weit über den alten Höchstpreisen liegen, ergibt sich die Notwendigkeit, diese de jure „grauen“ Preise, solange keine neuen amtlichen Höchstpreise bestehen, im Lebenshaltungskostenindex zu berücksichtigen.

Auf Grund vorliegender Importangebote für Kaffee und Tee kann jedoch damit gerechnet werden, daß nach Abverkauf der derzeitigen, verhältnismäßig teuer eingekauften Lagerbestände die Preise der *legal* importierten Genußmittel, die nach der Auslandswaren-Preisverordnung kalkuliert werden müssen, bedeutend niedriger sein werden als die heutigen „grauen“ Preise (Kaffee voraussichtlich S 30,— bis 35,—, Tee S 70,— bis 80,— je kg). Dementsprechend wird künftig auch, soweit es sich um die Genußmittel Kaffee, Tee und Kakao handelt, der Lebenshaltungskostenindex wieder sinken.

Die im Index angenommenen Preiserhöhungen für Kaffee, Tee und Kakao haben jedoch die Lebenshaltung *effektiv* nicht verteuert, da zu den bisher der Indexberechnung zu Grunde gelegten Genußmittelpreisen keine Güter erhältlich waren. Die gegenwärtige Übergangslösung der behördlich tolerierten „grauen“ Preise stellt real sogar eine Verbesserung dar, da die derzeitigen Ladenpreise für Tee und Kaffee um 10 bis 15% und für Kakao um 15 bis 20% niedriger sind als die bisherigen Schwarzmarktpreise.

Der Abstand zwischen dem Lebenshaltungskostenindex und Tariflohn beträgt *nach* dem zweiten Preis-Lohn-Abkommen auf der Basis April 1945 12,5% (bzw. 8,1%), wenn man der Indexberechnung weiterhin die alten legalen Höchstpreise für Kaffee, Tee und Kakao zu Grunde legt) gegenüber 15,2%, vor der neuen Preis-Lohn-Regelung im September 1948.

Die Preissituation auf den *schwarzen und freien Märkten* war bis Mitte Oktober uneinheitlich. Die schwarzen Nahrungsmittelpreise sanken um 12%, wobei insbesondere Mehl, Schmalz und Zucker, aber auch die Fleischpreise zurückgingen. Die Aktienkurse sowie die schwarzen Devisenkurse zogen in der ersten Oktoberhälfte etwas an. Desgleichen stiegen die freien Versteigerungspreise im Wiener Dorotheum um durchschnittlich 13%. Seit Mitte Oktober trat allerdings auf verschiedenen reagiblen Märkten eine stärkere Preiserhöhung ein, die auf Gerüchte über bevorstehende Währungsmaßnahmen zurückzuführen ist (siehe S. 362 ff.).

Ernährung

Dazu statistische Übersichten S. 392—393

Nach den bisherigen Ergebnissen ist für das laufende Wirtschaftsjahr in nahezu allen Zweigen der Ernährungswirtschaft mit einer besseren Ablieferung als im Vorjahr zu rechnen. Abgesehen von den besseren Erträgen wirkt sich die Gewährung von

kostendeckenden Preisen sowie das Fallen der Schwarzmarktpreise günstig auf die Marktleistung der Landwirtschaft aus.

An *Brotgetreide* wurden bis Ende September 1948 einschließlich der Überkontingentlieferung von 2.120 t rund 73.000 t aufgebracht gegenüber 49.000 t im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Bis Ende September wurden 31 % des Kontingents erfüllt, gegenüber 20 % im Vorjahr. Von der Gesamtablieferung an Brotgetreide entfielen bisher 43 % auf Weizen und 57 % auf Roggen, während der Weizenanteil im Vorjahr nur 40 % betrug. Die vom ernährungswirtschaftlichen Standpunkt erfreuliche Verschiebung der Ablieferung von Roggen zu Weizen dürfte darauf zurückzuführen sein, daß infolge der Trockenheit im vergangenen Herbst mehr Weizen und weniger Roggen angebaut wurde. Da der Weizenverbrauch im landwirtschaftlichen Haushalt relativ gering ist und vor allem auch bei besseren Ernteergebnissen annähernd konstant bleibt, wird Weizen in erhöhtem Ausmaß abgeliefert. (Der Preisunterschied von 10 Groschen dürfte für diese Entwicklung kaum maßgebend sein.)

Der große Unterschied zwischen den Überkontingentpreisen von Weizen (S 135) und *Gerste* (S 2—) bewirkt, daß das normale Gerstenkontingent teilweise durch Brotgetreide, insbesondere Weizen, erfüllt wird, während Gerste als Überkontingent abgeliefert wird. Die Überkontingentlieferungen waren demgemäß bis Ende September mit nahezu 4.000 t relativ hoch. Insgesamt wurden bis Ende September rund 14.000 t, d. s. um 5.000 t mehr als im Vorjahr, abgeliefert. Von dieser Menge wurden 7.000 t für Brauzwecke verwendet, der Rest der Nahrungsmittelindustrie zur Herstellung von Kaffeemitteln, Backmalz und Nahrungsmitteln (Rollgerste, Graupen) zugeteilt.

Die *Kartoffel*ablieferung mußte weiter eingeschränkt bleiben, da die Verbraucher die aufgerufenen Lagerkartoffeln für den Winter nur zögernd kaufen. Der Ablieferungsstand von Speisekartoffeln ist daher trotz der guten Ernteergebnisse um rund 10.000 t niedriger als im Vorjahr. Allerdings wurden außer den 150.000 t Speisekartoffeln noch 14.000 t Industriekartoffeln zusätzlich abgeliefert.

Infolge des saisonbedingt verstärkten Fremdenverkehrs in den wichtigsten *Milch*produktionsgebieten blieben die Milchablieferungen in den Monaten Juli und August hinter den Vorschreibungen zurück, waren jedoch noch immer um 26 bzw. 19 % höher als in den gleichen Monaten des Vorjahres. Dementsprechend ist auch die Butterablieferung gestiegen.

Die *Eier*erfassung ist jahreszeitlich bedingt weiter zurückgegangen und war im August sogar um 17 % geringer als im Vorjahr. Die bis Ende August geforderte Ablieferung von 90 % des Kontingents von 120 Mill. Stück konnte trotz der — im Vergleich zu den derzeitigen Schwarzmarktpreisen — hohen Strafe von S 3— für jedes nicht abgelieferte Ei nicht erreicht werden.

Völlig unbefriedigend und kaum besser als im Vorjahr ist die *Vieh*ablieferung insbesondere nach Wien. Vor allem die östlichen Bundesländer sind mit ihren Lieferungen stark im Rückstand und haben zum Teil nur ein Viertel bis ein Drittel des ihnen auferlegten Jahreskontingents erfüllt. Bis zum Ende der 45. Versorgungsperiode (10. X. 1948) betrug die Fleischschuld der Bundesländer an Wien rund 2.800 t, was dem Bedarf von fast sechs Wochen entspricht. Die Fleischrationen mußten daher in Wien vielfach durch Ausgabe von Seefischen oder Gefrierfleisch gedeckt werden. Zudem sammelten sich wie im vergangenen Jahr infolge nicht erfüllter Fleischaufrufe Guthaben bei den Konsumenten an, die vermutlich erst bei einer Besserung der Anlieferung eingelöst werden können. Daß sich auch nach der Erhöhung der Fleischpreise die Viehablieferung kaum gebessert hat, dürfte zum Teil auf die Ausbreitung des Grauen und Schwarzen Marktes und den dadurch erfolgten Raubbau am Viehbestand zurückzuführen sein. Zum Teil scheinen die Landwirte auch infolge Gerüchten über neue Währungsmaßnahmen mit der Ablieferung zurückzuhalten.

Die Erhöhung der Rationen auf eine 2.100-Kalorienbasis hat unseren Ernährungsstandard weitgehend dem zur Erhaltung des Lebens und der Leistungsfähigkeit erforderlichen physiologischen Verbrauchsminimum genähert. Der Friedensverbrauch wurde jedoch sowohl quantitativ als auch qualitativ bei weitem noch nicht erreicht. Während eine Vollperson, d. h. ein Mann bei normaler Arbeitsleistung vor dem Kriege täglich rund 2.850 Kalorien an Hauptnahrungsmitteln (ohne Obst und Gemüse) verbrauchte, erhält derzeit ein Normalverbraucher nur 2.100 Kalorien oder rund 74 % des Friedensverbrauches und ein Arbeiter bei mittelmäßig schwerer Arbeit 2.500 Kalorien, d. s. rund 88 % des Friedensverbrauches zugeteilt¹⁾.

¹⁾ Da praktisch noch immer alle wichtigeren Lebensmittel bewirtschaftet sind, stellen die Rationen im wesentlichen den Gesamtverbrauch dar. Die Freigabe von Obst und Gemüse sowie von Geflügel, Ziegenfleisch und Wild kann den Gesamtkalorienverbrauch nur unwesentlich erhöhen. Größere Möglichkeiten gewährt der Schwarze Markt, dessen Preise heute durchschnittlich noch etwa 5mal so hoch sind wie die offiziellen Preise.

Qualitative Zusammensetzung der Ernährung

Qualitativ wird die physiologische Zuträglichkeit der gegenwärtigen Rationen durch den relativ niedrigen Anteil tierischer Nahrungsmittel und den geringen Eiweißgehalt beeinträchtigt. Während nach den friedensmäßigen Verbrauchsgewohnheiten der Wiener Arbeiter- und Angestelltenhaushalte rund 32%¹⁾ des gesamten Kalorienverzehr einer Vollperson tierischer Herkunft waren, beträgt heute dieser Anteil bei einem Normalverbraucher 17%¹⁾, bei einem Arbeiter sogar nur 15%¹⁾. Die qualitative Verschlechterung ist auf die geringe Fleischzuteilung (30 *dkg* wöchentlich pro Normalverbraucher und 35 *dkg* pro Arbeiter gegenüber 70 *dkg* pro Vollperson vor dem Krieg) sowie auf das nahezu vollständige Fehlen von Milch und Eiern¹⁾ zurückzuführen. Bei den pflanzlichen Nahrungsmitteln sind dagegen die Unterschiede zwischen den derzeitigen Zuteilungen und dem normalen friedensmäßigen Konsum weit geringer. Einzelne pflanzliche Nahrungsmittel (Hülsenfrüchte, Brot, Kartoffeln) werden heute sogar in größeren Mengen verzehrt.

Wochenverbrauch einzelner Nahrungsmittel

	Friedensverbrauch je Vollperson in Wien ¹⁾	Verbrauch bei 2.100 Kal.-Basis	
		Normalverbraucher in <i>kg</i>	Arbeiter
Brot ²⁾	3'12	3'00	3'40
Nährmittel	0'61 ³⁾	0'45	0'55
Fleisch	0'70	0'30	0'35
Fett	0'37 ⁴⁾	0'30	0'30
Hülsenfrüchte	0'06	0'05	0'35
Zucker	0'45	0'32	0'32
Kartoffeln	1'75	1'40	2'10
Vollmilch	3'50	—	—
Magermilch	—	0'25	0'25

¹⁾ Nach Dr. S. Peller übernommen aus der Haushaltsstatistik der Kammer für Arbeiter und Angestellte in Wien (1937).

²⁾ Einschließlich Kleingebäck und Mehl (umgerechnet auf Brot).

³⁾ Einschließlich Eier.

⁴⁾ Einschließlich Käse.

Vom ernährungsphysiologischen Standpunkt ist vor allem der Mangel an tierischem Eiweiß von Nachteil. Vor dem letzten Krieg verbrauchte eine Vollperson durchschnittlich 91 g Eiweiß täglich, davon 47% tierischer Herkunft. Heute deckt die Normalverbraucherration mit 55 g und die Arbeiterration mit 75 g Eiweiß nur etwa den physiologischen Mindestbedarf²⁾. Der tierische Anteil liegt jedoch mit

²⁾ Vor dem Krieg verbrauchte eine Vollperson 2 bis 3 Eier wöchentlich, während heute Eier nur gelegentlich als Nahrungsmitteleratz zugeteilt werden.

³⁾ Nach Professor Fleisch, Lausanne, beträgt der physiologische Mindestbedarf an Eiweiß bei einem Normalverbraucher 54 g und bei einem Arbeiter 72 g.

knapp 15% bzw. 18%, sogar weit unter den physiologischen Erfordernissen³⁾.

Entwicklung des Eiweißverbrauches

	Friedensverbrauch je Vollperson	Verbrauch bei 2.100-Kal.-Basis	
		Normalverbr. Gramm Eiweiß je Tag	Arbeiter
tierisch	42'6	9'7	11'1
pflanzlich	48'0	45'5	63'5
insgesamt	90'6	55'2	74'6

Der Mangel an tierischen Produkten, insbesondere an tierischem Eiweiß, dürfte in nächster Zeit kaum wesentlich gelindert werden können. Dagegen müßte es auch bei der gegenwärtigen Ernährungslage möglich sein, die Zusammensetzung der Rationen stärker als bisher den regionalen und individuellen Verbrauchsgewohnheiten anzupassen. Die normalen Verbrauchsgewohnheiten in den Bundesländern weichen zum Teil erheblich von denen in Wien ab (größerer Konsum von Polenta in Steiermark, Tirol, geringerer Mehl- und Brotverbrauch in den getreidearmen westlichen Bundesländern, geringerer Fleischverbrauch in Tirol, Vorarlberg und Burgenland, der in den beiden ersten Bundesländern durch erhöhten Konsum von Milch und Milchprodukten, insbesondere Käse, und im Burgenland durch erhöhten Konsum von Mehl und Grieß ausgeglichen wird). Durch eine stärkere regionale Differenzierung der Zusammensetzung des nur als allgemeine Richtlinie gedachten Rationsschemas wäre den regionalen Verbrauchsgewohnheiten weitgehend Rechnung zu tragen und damit könnten die Bedürfnisse der Konsumenten besser befriedigt werden als bei einem starren Festhalten an einem einheitlichen Rationsschema für ganz Österreich. Eine darüber hinausgehende Anpassung der Lebensmittelrationen an die individuellen Verbrauchsgewohnheiten könnte dadurch erreicht werden, daß dem einzelnen Konsumenten bei verschiedenen bewirtschafteten Lebensmitteln Wahlmöglichkeiten eröffnet werden.

Eine für die unteren und mittleren Einkommen wenn auch begrenzte Möglichkeit, die Zusammensetzung des Nahrungsmittelkonsums zu verbessern, bietet der Graue und Schwarze Markt. Da der physiologische Mindestbedarf durch die offiziellen Rationen annähernd gedeckt ist, erstreckt sich die zusätzliche Nachfrage hauptsächlich auf tierische Nahrungsmittel, deren offizielle Zuteilungen unzureichend sind, während die Nachfrage nach pflanzlichen Produkten stärker zurückgeht, obwohl sie, gemessen an ihrem Kalorienwert, bedeutend billiger sind. Der Funktionswandel des Schwarzen Marktes, der ur-

³⁾ Der tierische Anteil am Eiweißverbrauch soll zumindest 40% betragen.

sprünglich zur Erhöhung des Kalorienverbrauches schlechthin herangezogen wurde und nunmehr zur qualitativen Verbesserung des Nahrungsmittelkonsums dient, geht deutlich aus der Entwicklung der Preisrelationen einzelner Lebensmittel hervor. Zu Beginn des Jahres 1946, als sich die „schwarze“ Nachfrage infolge der absolut unzulänglichen Rationen vorwiegend auf billige Nahrungsmittel erstreckte, waren die Fleischpreise auf dem Schwarzen Markt um etwa 250% höher als die Mehlpreise (jeweils bezogen auf 1.000 Kalorien). Mit der Erhöhung der Rationen vergrößerte sich die Nachfrage immer mehr zugunsten der hochwertigen Nahrungsmittel. Ende 1947 betrug der Fleischpreis bereits 430% und im Oktober 1948 550% des Mehlpreises.

Landwirtschaft

Das verhältnismäßig trockene und warme Wetter im September hat sich auf die Gemüse- und Obst-erträge sowie auf die Futter- und Hackfruchternte günstig ausgewirkt. Die Äpfelernte war insbesondere in Oberösterreich und in der Steiermark sehr gut. Das erhöhte Angebot löste einen starken Preisdruck aus. Dagegen stieg trotz guter Ernte der Weinpreis, da die Vorräte der Produzenten durch spekulative Käufe der westlichen Bundesländer zum Teil bedeutend verringert wurden.

Infolge der guten Grummeternte und des relativ hohen Ertrags an Feldfutter ist der Futtermittelvorrat heuer bedeutend größer als im Vorjahr. Da außerdem Rübenblatt in reichlichen Mengen verfügbar ist und nunmehr auch größere Mengen Kraftfuttermittel im Rahmen des ERP importiert werden sollen, bestehen für eine Produktionssteigerung der Viehwirtschaft — namentlich in den östlichen Trockenlagen und im Alpenvorland — im kommenden Jahr günstige Voraussetzungen.

Strukturverschiebungen im Zuckerrübenanbau

Der Zuckerrübenanbau war heuer um 20% geringer, als auf Grund der kontrahierten Anbauflächen erwartet wurde¹⁾. Er entspricht flächenmäßig ungefähr dem des Vorjahres. Trotzdem wird dank der günstigen Witterung ein um 49% höherer Rüben-ertrag (380.600 t gegen 254.800 t) erwartet. Allerdings dürfte der Zuckergehalt und damit die Aus-

¹⁾ Durch Schädlingsfraß und Trockenheit wurden im Frühjahr zahlreiche Kulturen vernichtet. Dieser Flächenausfall konnte auch durch teilweise wiederholten Anbau nicht wettgemacht werden. Zum Schutz der Kulturen vor Vernichtung durch Schädlinge müssen daher in Zukunft genügende Mengen von Schädlingsbekämpfungsmitteln (Chlorbarium) und Spritzgeräte bereitgestellt werden.

beute an Weißzucker geringer sein als im Vorjahr, da die Rüben zum überwiegenden Teil zu spät gesät wurden, so daß die Erntereife nicht rechtzeitig eintrat. Unter der Annahme einer 13%igen Ausbeute würde die Weißzuckerproduktion um 40% höher sein als im Vorjahr (49.000 t gegen 35.000 t). Sie würde damit 38% der Vorkriegsproduktion (130.000 t) erreichen bei einer Rübenanbaufläche von 60% des Durchschnitts der Jahre 1926/35.

Der Zuckerrübenanbau in Österreich

	Anbau- fläche ha	Hektar- ertrag q	Gesamt- ertrag t	Anbau- fläche Ø 1926/35 = 100	Hektar- ertrag	Gesamt- ertrag
Ø 1926/35	36.563	252,1	921.832	100	100	100
1937	40.360	249,6	1.007.560	110	99	109
1946	16.096	139,8	224.968	44	55	24
1947	21.444	119,4	254.800	59	47	28
1948 ¹⁾	22.000	173,0	380.600	60	69	41

¹⁾ Schätzung.

Die verminderte Produktivität ist neben anderen Ursachen — wie Fehlen von Schädlingsbekämpfungsmitteln, Mangel an Arbeitskräften usw. — auch auf strukturelle Verschiebungen des Zuckerrübenanbaues zurückzuführen.

Die regionale Verteilung des Zuckerrübenbaues in Österreich

	Nied.-Ö. u. Wien	Burgen- land in Hektar	Ober- österreich	Nied.-Ö. u. Wien	Burgen- land in Prozent	Ober- österreich
Ø 1926/35	27.284	6.422	2.856	75	18	7
1937	28.685	7.622	4.002	71	19	10
1946	10.643	1.457	3.996	66	9	25
1947	13.628	2.332	5.484	63	11	26
1948 ¹⁾	14.400	2.420	5.150	65	11	24

¹⁾ Schätzung.

Vor dem Jahre 1938 konzentrierte sich der Zuckerrübenbau auf die großbäuerlichen Betriebe und Großbetriebe (rund 75% der Anbaufläche) sowie auf die Bundesländer Niederösterreich und Burgenland (93%). In der Kriegs- und Nachkriegszeit verlagerte sich der Zuckerrübenanbau von Osten nach Westen und betriebsgrößenmäßig vom Großbetrieb zum Mittel- und Kleinbetrieb. Während im Durchschnitt 1926/35 rund 93% der Anbaufläche auf Niederösterreich und das Burgenland entfielen, waren es im Jahre 1947 nur 74%¹⁾. Gleichzeitig vermehrte sich die Zahl der Rübenproduzenten von zirka 20.000

¹⁾ Die regionale Verlagerung des Rübenbaues hat zur Folge, daß die Ennser Zuckerfabrik, deren Rohstoffbasis vorwiegend auf mittel- und kleinbäuerlichem Betrieb ruht, nahezu voll beschäftigt ist, während die Kapazität der übrigen 5 Industriebetriebe nur zu 20 bis 30% ausgenutzt wird. Eine erhöhte Kapazitätsausnutzung der unterbeschäftigten Zuckerfabriken könnte nur durch die Raffinade von importiertem Rohzucker erreicht werden.

vor dem Krieg auf rund 22.000 im Jahre 1948, obwohl die gesamte Anbaufläche um 40% niedriger war. Der Rückgang des Zuckerrübenanbaues bei den Großbetrieben ist hauptsächlich auf den Mangel an Saisonarbeitern sowie das Fehlen von wirtschaftseigenem Dünger infolge der stärkeren Dezimierung der Viehbestände und der Trockenheit zurückzuführen. Die Verlagerung des Rübenanbaues vom Groß- zum Mittel- und Kleinbetrieb verminderte die Produktivität, da den kleineren Betrieben sowohl die reiche Erfahrung in der Rübenkultur als auch die technische Ausrüstung der Großbetriebe fehlen. Es wird daher in Zukunft einer umfassenden Beratung sowie eventuell eines genossenschaftlichen Maschineneinsatzes bedürfen, damit auch bei kleineren Betrieben bessere Anbauerfolge und höhere Erträge erreicht werden. Die Intensivierung der Rübenkultur bei den kleineren Betrieben erscheint umso notwendiger, als mit einer stärkeren Rückverlagerung des Rübenanbaues zu den Großbetrieben nicht gerechnet werden kann, da die Beschaffung von fremden Saisonarbeitskräften in Zukunft wahrscheinlich noch schwieriger als bisher werden dürfte¹⁾.

Einer stärkeren Intensivierung des Zuckerrübenanbaues steht allerdings die ungelöste Preisfrage entgegen. Der derzeitige, im Vergleich zum Kartoffelpreis²⁾ niedrige Zuckerrübenpreis bietet keinen ausreichenden Anreiz zu einem intensiveren Rübenbau. Eine Erhöhung des Rübenpreises ist jedoch äußerst problematisch, da der jetzige Zuckerpreis im Inland bereits doppelt so hoch ist wie der derzeitige Weltmarktpreis. Die Agrarpolitik steht damit erstmalig seit Kriegsende wieder vor dem bisher durch die allgemeine Lebensmittelknappheit verdeckten Problem, wie weit die heimische landwirtschaftliche Produktion gegen die ausländische Konkurrenz geschützt und gefördert werden soll.

Energiewirtschaft

Dazu statistische Übersichten S. 393—395

Die Energieversorgungslage steht seit Beginn des Monats Oktober im Zeichen einer drohenden *Stromknappheit*, deren Ursachen wir bereits im letzten Bericht geschildert haben. Während die *Kohlenversorgung* vorderhand als gesichert bezeichnet werden kann — für das letzte Quartal des Jahres 1948 konnte sogar von den monatlichen Kohlen-

¹⁾ Mit der besseren Lebensmittelversorgung der städtischen Bevölkerung werden auch die Zuckerprämien keinen ausreichenden Anreiz zur Übernahme der körperlich anstrengenden Zuckerrübenarbeit bieten. Ausländische Arbeitskräfte stehen jedoch nach wie vor nicht zur Verfügung.

²⁾ Der Preisindex für Zuckerrüben steht zur Zeit auf 319 (1937 = 100) und der für Kartoffel auf 462.

plänen abgegangen werden und ein solcher gleich für das ganze letzte Jahresviertel erstellt werden, da eine ausreichende Versorgung zu erwarten ist —, haben sich Stromerzeugung und Stromverbrauch in den letzten Wochen ungünstig entwickelt. Es hat sich gezeigt, daß die Situation für den kommenden Winter doch ernster ist, als noch Ende September auf Grund zahlreicher offizieller Stellungnahmen in der Tagespresse zu erwarten gewesen wäre.

Bereits Anfang Oktober mußte die Schaltstufe 3 des Energieschaltplanes aufgerufen werden, wonach die Betriebe der Gruppe 4 vom Strombezug ausgeschlossen wurden. Auch Sparmaßnahmen für die Haushalte waren nötig und die anfänglich noch gestattete Reklame und Schaufensterbeleuchtung wurde ebenfalls — vorübergehend — untersagt.

Es kann unmöglich vorausgesehen werden, in welchem Umfang in den nächsten Monaten noch weitere Einschränkungen und Abschaltungen folgen werden, da dies zu einem großen Teil von der Witterung abhängt. Einen normalen Witterungsverlauf vorausgesetzt, muß mit einem weiteren Rückgang, der seinen Tiefpunkt etwa im Monat Februar erreichen wird, gerechnet werden. Unter günstigen Bedingungen dürfte die Erzeugung der Wasserkraftwerke bis dahin um etwa 30 bis 40% gegenüber September sinken. In einem strengen Winter kann der Rückgang aber auch 50 bis 70% betragen.

Der Industrieschaltplan wurde mit einigen Verbesserungen gegenüber dem Vorjahr (vor allem durch bessere Koordinierung der Strom- und Kohlenzuteilung) für alle kohlenmeldepflichtigen Betriebe (Monatsverbrauch über 20 t) und die Betriebe mit einem Monatsstromverbrauch von mindestens 5.000 kWh vom Energieverteilungsdirektorium für den Winter 1948/49 genehmigt. Er teilt die erfaßten Betriebe in 4 Gruppen, die stufenweise abgeschaltet werden, wenn es die Lage erfordert.

Die Einteilung der einzelnen Betriebe in eine der 4 Gruppen erfolgte nicht nach einem starren Schema in horizontaler Gliederung, sondern zu einem erheblichen Teil in vertikaler Richtung, so daß der Produktionsgang vom Urprodukt zum Fertigprodukt — wenn auch eingeschränkt — erhalten bleibt. Es kommt daher vor, daß Betriebe derselben Branche in verschiedene Gruppen eingeteilt wurden. Außerdem ist auf lebensnotwendige und exportwichtige Betriebe — besonders — Bedacht genommen.

Die Stromerzeugung der *Wasserkraftwerke* ist von August bis September bereits um 112 Mill. kWh, das sind rund 26%, zurückgegangen. Dieser Ausfall konnte aber noch durch eine Erhöhung der Erzeugung der *Dampfkraftwerke* um 33 Mill. kWh

und eine Beschränkung des Exportes um fast 70 Mill. kWh wettgemacht werden, so daß der inländische Verbrauch nahezu in der gleichen Höhe gehalten werden konnte (August 288, September 285 Mill. kWh). Anfangs Oktober mußte aber bereits der größte Stromverbraucher, die Aluminiumhütte Ranshofen, die allein rund 50 Mill. kWh monatlich verbrauchte, stillgelegt werden.

Die *Kohleneinfuhren* sind im September zum Teil beträchtlich hinter den Planmengen zurückgeblieben, besonders die Steinkohlenlieferungen aus der Ruhr und der CSR waren zusammen um 57.000 t geringer als vorgesehen. Dadurch ergaben sich Schwierigkeiten in der Belieferung der Gaswerke mit Gaskohle. Ernstere Störungen der Kohlenversorgung traten aber nicht ein, da alle Verbraucher größere Vorräte haben, die solche Lieferungsschwankungen überbrücken. Außerdem ist zu erwarten, daß die fehlenden Mengen später nachgeliefert werden.

Insgesamt standen der österreichischen Wirtschaft im September rund 463.000 t Kohle (Steinkohlenbasis) zur Verfügung, gegenüber 521.000 t im August. Die Versorgung war damit noch immer um 12% besser als im Durchschnitt des Jahres 1937.

Gewerbliche Produktion

Dazu statistische Übersichten S. 396—398

Der *Index der industriellen Produktion* ist im Monat August wieder um sechs Punkte, von 98,3 auf 104,3 ($\bar{\phi}$ 1937 = 100), gestiegen und hat damit den Stand von 1937 bereits um 4% überboten.

Der *Produktionsmittelindex* hat seine steigende Tendenz beibehalten und erreichte 148,8% von 1937. Bereits in den nächsten Monaten dürfte aber hier mit einem stärkeren Rückgang zu rechnen sein, wenn nämlich die Saison der Baustoffindustrie zu Ende geht und die während der Sommermonate überdurchschnittlich stark gestiegene Erzeugung der Wasserkraftwerke wieder stärker zurückgehen wird. Auch in den übrigen Industriezweigen bringen die Wintermonate erfahrungsgemäß einen Rückgang der Produktion, der heuer durch die bereits im Oktober begonnenen Einschränkungen der Stromversorgung stärker als in normalen Jahren sein wird. Die *Konsumgüterproduktion* hat sich im August etwas erholt und erreichte 68,2% von 1937. Die Textil- und Lederindustrien produzieren aber noch immer nicht viel mehr als die Hälfte von 1937, was um so schwerer ins Gewicht fällt, als von der geringen Textilproduktion bis zur Hälfte im Lohnverkehr wieder exportiert wird, während dieser Anteil vor dem Kriege kaum ein bis zwei Prozent betrug.

Die *Produktivität* ist ebenfalls weiter gestiegen und betrug im August 76,2% von 1937.

Die *Schwerindustrie* blieb auch im September, von kleineren Produktionsschwankungen abgesehen, auf der seit einigen Monaten erreichten Höhe. Dasselbe gilt für die *Magnesiumindustrie*, die trotz auftauchender Absatzschwierigkeiten seit Monaten ihre Friedensproduktion beträchtlich überschreitet. In der *Fahrzeugindustrie* nimmt derzeit die Traktorenproduktion mit rund 400 Stück je Monat den ersten Platz ein, während die Erzeugung von Lastkraftwagen stärker zurückgegangen ist. Die Erzeugung von Benzin-LKW in Steyr wurde bereits eingestellt, nachdem seit Kriegsende etwa 2.000 Dreitonner erzeugt worden waren. Die Fahrrad- und Motorradproduktion ist seit längerer Zeit verhältnismäßig stabil, erreicht aber noch nicht den Vorkriegsstand.

Produktion der Fahrzeugindustrie
in Stück

	Lastkraftwagen	Traktoren	Motorräder	Fahrräder
Ø 1937	90	9	630	19.000
Ø 1946	32	—	119	4.862
Ø 1947	124	34	383	5.104
1948 III . . .	71	330	648	8.604
VI	33	400	753	10.356
VIII	32	418	575	9.473

Die *Baustoffindustrie* ist nach wie vor gut beschäftigt und produziert, mit Ausnahme der Ziegelindustrie, mehr als im Jahre 1937. Die Zementproduktion betrug im August mit 72.000 t sogar 200% von 1937. Trotz dieser günstigen Erzeugungslage herrscht große Knappheit an Baustoffen und die Auftragsbestände bei den Werken steigen dauernd an.

Die Produktionsentwicklung bei den Linzer Stickstoffwerken

Die *Linzer Stickstoffwerke* sind eine der größten und vor allem modernsten Anlagen dieser Art in Europa. Sie sind während des Krieges entstanden und stellen ein Glied des geplanten Industriezentrums im Raume von Linz dar.

In der ersten Nachkriegszeit schien es, als ob die Ausnutzung dieser wertvollen Anlagen für die österreichische Wirtschaft kaum möglich sein würde, da der Betrieb nur im Zusammenhang mit der Kokerei und der Eisenerzeugung bei der Linzer Hütte funktionieren konnte, über deren zukünftiges Schicksal aber die Meinungen weit auseinander gingen.

Heute aber, drei Jahre nach Kriegsende, arbeitet dieses Werk bereits mit voller Kapazitätsausnutzung. Die große Nachfrage nach Stickstoffdüngemitteln

weiten Teilen Europas und des Nahen Ostens bewirkt, daß die gesamte Produktion mühelos im Ausland abgesetzt werden kann. Bisher ging die gesamte Ausfuhr nach der Bi-Zone Deutschlands und diente zur Bezahlung eines Teiles der Ruhrkohlenimporte.

Das Anhalten dieser außerordentlich günstigen Entwicklung setzt allerdings eine ausreichende Kohlenversorgung der Kokerei Linz voraus.

Produktion von Kalkammonsalpeter

in Tonnen		in Tonnen	
Ø 1947	9.057	1948 I.	16.365
1947 I.	990	III.	20.051
VI.	11.534	VI.	20.372
XII.	15.220	IX.	25.327

Trotz der großen Auslandsnachfrage wurden bis Oktober 30.000 t Kalkammonsalpeter von der Landwirtschaft angefordert und ihr für den Herbstanbau im Inland auch bereitgestellt; von den Abgabestellen wurden aber nur 8.000 t übernommen. Der Rest kann nun nicht mehr exportiert werden, da der Herbstanbau in allen Ländern vorüber ist und Kalkammonsalpeter stark hygroskopisch und daher nicht lange lagerfähig ist. Fachleute bezeichnen jene Anforderungen der Landwirtschaft als überhöht, da die Abgabestellen einen relativ hohen Lagerbestand hatten und dieses Düngemittel vorwiegend für die Frühjahrsdüngung verwendet wird.

Umsätze

Dazu statistische Übersichten S. 399

Die *Kleinhandelsumsätze* sind im August etwas gesunken. Der leichte Rückgang des Gesamtindex (um 3%) ist auf eine verminderte Nachfrage nach Lebensmitteln und „sonstigen Gütern“ (Haushaltsgeräte, Sportartikel, Kosmetika) zurückzuführen, deren Umsätze um 6 bzw. 12% zurückblieben. Hingegen stieg die Umsatzbewegung bei Textilien weiter an, wenn auch die Steigerung mit 4% geringer war als in den vorangegangenen Monaten.

Der leichte Rückgang des hauptsächlich auf den Umsätzen in den Städten aufgebauten Kleinhandelsindex im August — normalerweise erreichen die Umsätze im August einen saisonbedingten Tiefstand — ist vorwiegend durch die Urlaubszeit bedingt, die viele Städter auf dem Lande verbringen. Außerdem zwingen die relativ hohen Ausgaben für Reisen und andere Urlaubszwecke zur Einschränkung des elastischen Bedarfs, die besonders in den Umsätzen an „sonstigen Gütern“ zum Ausdruck kommt. Die Steigerung der Textilumsätze dürfte vor allem in der zunächst bis Ende August befristeten Freigabe gewisser Textilien begründet sein. Mit dem Einsetzen der Herbstsaison ist wieder mit einer stärkeren Belebung der Umsätze zu rechnen.

Entsprechend der allgemeinen Entwicklung der Umsätze sind die *Umsatzsteuereinnahmen* vom Juli bis September um 4% gefallen. Die *Verbrauchssteuereinnahmen* sind in der gleichen Zeit hauptsächlich infolge eines verminderten Verbrauches von Zigaretten und Wein sogar um 18% zurückgegangen. Der Besuch von Vergnügungsstätten in Wien, insbesondere der Theater, hat im August saisonbedingt abgenommen (Kino um 1%, Theater um 25%).

Arbeitslage

Dazu statistische Übersichten S. 400—401

Auf dem Arbeitsmarkt hält die seit dem Frühjahr zu beobachtende Entwicklung an: Auch im August stieg die Zahl der Krankenversicherten (um 10.100) und gleichzeitig die Zahl der vorgemerkten Stellensuchenden (um 400).

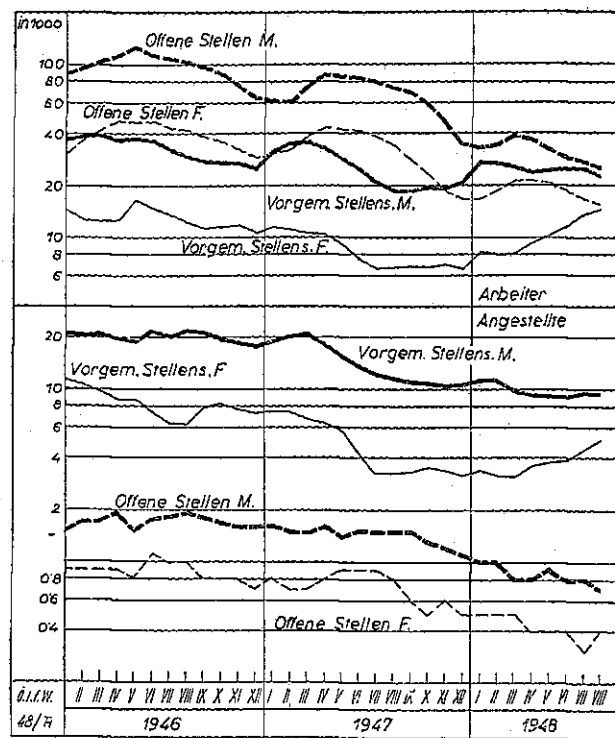
Obwohl nach wie vor keine nennenswerte Arbeitslosigkeit besteht, ist doch bemerkenswert, daß die Zahl der *Stellensuchenden* seit April ständig zugenommen hat. Sie erreichte im August 52.139 und lag damit um 6.200 höher als im April und um 2.100 höher als im saisonmäßig ungünstigen Monat Jänner. Seit dem Währungsschutzgesetz beträgt die Zunahme der Stellensuchenden bereits 11.700.

Leicht steigende Frauenarbeitslosigkeit

Die Zunahme der Zahl der Stellensuchenden seit April ist ausschließlich auf das Anwachsen der weiblichen Arbeitslosen zurückzuführen, deren Zahl zwischen April und August um 6.700 zunahm und Ende August doppelt so hoch war wie Ende Dezember 1947. Diese Entwicklung kann im allgemeinen auf die durch die Geldknappheit ausgelöste Arbeitssuche bisher nicht berufstätiger Frauen zurückgeführt werden. Das geht deutlich daraus hervor, daß gerade die Zahl der stellensuchenden Hausgehilfinnen (Dezember 1.326, April 1.591, August 2.281) und Hilfsarbeiterinnen (Dezember 1.870, April 3.515, August 5.521), also Berufszweige, die bisher nicht berufstätigen Frauen am leichtesten zugänglich sind, besonders stark zunahm.

Neben dem erhöhten Arbeitsangebot dürften jedoch auch andere Ursachen zur verstärkten Frauenarbeitslosigkeit beitragen. Weibliche Kräfte werden mehr und mehr durch männliche Hilfsarbeiter, an denen zur Zeit kein Mangel mehr besteht, verdrängt. Die Zahl der stellenlosen weiblichen Hilfsarbeiter stieg von April bis August um 2.000, die der männlichen ging um 300 zurück. Die Berufsaussichten für Frauen sind auch dadurch gesunken, daß der Beschäftigtenstand seit dem Währungsschutzgesetz

Abb. 2. Vorgemerkte Stellensuchende und offene Stellen¹⁾
(Log. Maßstab; Anzahl der Männer bzw. Frauen in Tausend)



Die Zunahme der Stellensuchenden seit April ist ausschließlich auf ein Steigen der Frauenarbeitslosigkeit zurückzuführen. Im August waren doppelt soviel Frauen bei den Arbeitsämtern vorgemerkt als im Dezember und mehr als zu irgendeinem Zeitpunkt des Vorjahres. Diese Entwicklung beruht zum Teil auf einem Zustrom bisher nicht berufstätiger Frauen und zum Teil auf einer wachsenden Arbeitslosigkeit in Wirtschaftszweigen, in denen Frauenarbeit eine größere Rolle spielt.

gerade in jenen Industriezweigen zurückgegangen ist, die einen höheren Prozentsatz weiblicher Arbeitskräfte beschäftigen. Seit Jänner d. J. hat sich die Nachfrage nach Arbeitskräften vor allem im Bergbau und in typischen Investitionsgüterindustrien, die fast ausschließlich männliche Arbeitskräfte beschäftigen, erhöht. Die konsumnäheren Industrien, die einen größeren Anteil Arbeiterinnen aufweisen, haben hingegen mit Rohstoffschwierigkeiten zu kämpfen oder können, wie zum Beispiel die Textilindustrie, infolge steigender Qualifikation ihrer Arbeitskräfte mit einem geringeren Beschäftigtenstand auskommen. Zum Teil haben auch Absatzstockungen infolge Nachfrageverschiebungen, insbesondere bei der Erzeugung von Luxuswaren, zur Entlassung von Arbeiterinnen geführt. Bemerkenswert ist, daß auch die im vorigen Jahre noch sehr

¹⁾ Obere Bildhälfte: Arbeiter; untere Bildhälfte: Angestellte. Die Angaben für Männer sind stark, die Angaben für Frauen dünn gezeichnet.

stark gewesene Nachfrage nach Hausgehilfinnen abnimmt. In Wien ging in der Zeit zwischen April und August die Zahl der krankenversicherten Hausgehilfinnen von 16.800 auf 15.600 zurück und die Zahl der offenen Stellen für Hausgehilfinnen in ganz Österreich sank von 4.231 auf 3.315. Kennzeichnend dafür, daß die verschiedene Konjunktorentwicklung einzelner Wirtschaftszweige entscheidenden Einfluß auf die Frauenarbeitslosigkeit ausübt, ist die Tatsache, daß in den vier Hauptgruppen, in denen es besonders viele weibliche Arbeitslose gibt — Textilarbeiter, Bekleidungsarbeiter, Gaststättenarbeiter und Hausgehilfinnen, die im August 40% aller stellensuchenden weiblichen Arbeiter, aber nur 10% der männlichen umfaßten —, in der Zeit zwischen April und August nicht nur die weiblichen Stellensuchenden von 3.625 auf 5.815, sondern auch die männlichen Stellensuchenden von 2.277 auf 2.400 gestiegen sind, obwohl die Gesamtzahl der männlichen stellensuchenden Arbeiter im gleichen Zeitraum etwas zurückgegangen ist.

Verkehr

Dazu statistische Übersichten S. 402—403

Die Leistungen der Bundesbahnen hielten sich im August auf der Höhe des Vormonats. Einem leichten mengenmäßigen Rückgang im Güterverkehr steht eine weitere Erhöhung des Personenverkehrs (Urlaubsmonat) um rund 700.000 verkaufte Fahrkarten gegenüber, ohne daß allerdings der Höchststand des Vorjahres mit 9,1 Mill. Fahrkarten erreicht wurde. Insgesamt wurden in den ersten acht Monaten des Jahres 1948 rund 10 Mill. Fahrkarten mehr als in der entsprechenden Zeit des Vorjahres verkauft. Die erhöhte Verkehrsleistung ist jedoch ausschließlich darauf zurückzuführen, daß im Vorjahr der Verkehr in den ersten Monaten infolge der Energiekrise stark gedrosselt werden mußte. Die Nachfrage nach Verkehrsleistungen ist heuer, wie die Entwicklung in den Sommermonaten zeigt, geringer als im Vorjahr.

	Verkaufte Fahrkarten 1000 Stück	
	1947	1948
Jänner—Mai	18.968	30.000
Juni	6.597	7.025
Juli	7.702	7.388
August	9.137	8.035
Jänner—August	42.404	52.448

Der Donauverkehr in Österreich

Der Schiffsverkehr auf der Donau hat sich seit Kriegsende infolge der politischen Spannung und der wirtschaftlichen Entflechtung zwischen Westen und

Osten nur langsam entwickelt und beträgt zur Zeit erst einen Bruchteil des Vorkriegsverkehrs. Sowohl in der russischen Einflußsphäre von Wien donauabwärts als auch im amerikanisch besetzten Gebiet von Linz donauaufwärts findet nur ein beschränkter Personen- und Frachtverkehr statt. Zwischen der amerikanischen und russischen Zone Österreichs besteht jedoch nach wie vor keine Schiffsverbindung, obwohl die letzten Verkehrshindernisse längst beseitigt sind. Infolge der Teilung in zwei getrennte Verkehrsgebiete hat die Donau ihre ursprüngliche Bedeutung als Verbindungsweg zwischen Westen und Osten und damit als europäische Hauptverkehrsader eingebüßt. Eine Wiederbelebung des Donauverkehrs wird erst dann zu erwarten sein, wenn die Schiffsverbindung zwischen Wien und Linz wieder aufgenommen wird und zwischen Ost- und West-Europa engere Handelsbeziehungen geknüpft werden.

Der von Kriegsschäden verschont gebliebene Schiffspark der DDSG (Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft), die vor dem Kriege das wichtigste Schiffahrtsunternehmen auf der Donau war, wurde nach der Befreiung Österreichs zum Teil von der russischen und zum Teil von der amerikanischen Besatzungsmacht als deutsches Eigentum beschlagnahmt. Während die vom russischen Element nach den Potsdamer Bestimmungen beschlagnahmten Schiffe, Schlepper usw. (siehe Übersicht) zum überwiegenden Teil außer Land gebracht wurden und wohl als endgültiger Verlust abgebucht werden müssen, wurde der von der amerikanischen Besatzungsmacht übernommene Teil des Schiffsparks anfangs 1947 Österreich zu treuen Händen übergeben, nachdem der Schiffsverkehr auf der oberen Donau in den Jahren 1945/46 von den amerikanischen Behörden selbst durchgeführt wurde.

Flottenbestand der DDSG

	1937		1947		Ladefähigkeit 1000 t	
	Zahl	Ladefähigkeit 1000 t	Zahl US-Zone	Sowjet-Zone	US-Zone	Sowjet-Zone
Schiffe	72	—	41	18	—	—
Schlepper	371	266.6	180	138	119	92.0
Tanks	37	30.3	62	44	57.2	43.1
Schwimmkräne	23	—	7	14	—	—

Seit April 1947 wird sowohl der Personen- als auch der Frachtverkehr auf der Strecke Linz—Regensburg durch die beiden Schiffahrtsunternehmungen DDSG und Comos unter österreichischer Flagge durchgeführt. Die Verkehrsleistungen sind allerdings auf einen Bruchteil des Vorkriegsstandes gesunken. Die Güterverkehrsstrecke, die vor dem Krieg 3.131 km erreichte, beträgt nunmehr nur 244 km.

Desgleichen verminderte sich die Personenverkehrsstrecke von 1.722 km auf 73 km.

Innerhalb des bescheidenen Rahmens zeigt allerdings die Verkehrsleistung eine erfreuliche Aufwärtsbewegung. Im Jahre 1947 litt der Verkehr noch unter ungünstigen Wasserverhältnissen und mußte daher auf vier Monate beschränkt werden. Mit der Besserung der Wasserführung hob sich jedoch rasch die Tonnagezahl und lag im August des Jahres mit 94.595 t bereits über der Jahresleistung von 1947.

Frachtverkehr auf der Strecke Linz—Regensburg

Juli—Oktober 1947	78.847 t
Jänner—April 1948	169.656 „
Mai—August 1948	287.533 „

Der darniederliegende Handel mit Deutschland beschränkte allerdings den Transport auf Talfahrten, wobei fast ausschließlich Ruhrkohle transportiert wurde, während für die Bergfahrt, abgesehen von geringen Mengen von Stahl und Eisen, die Rückfracht fehlte. Erst seit September d. J. wird nach dem Abkommen mit der Bi-Zone auf der Bergfahrt Kunstdünger verladen. Am Verkehr sind allerdings auch deutsche Schiffahrtslinien beteiligt (Betriebsgemeinschaft mit dem Bayerischen Lloyd).

Der Personenverkehr zeigt hingegen im Vergleich zum Vorjahr eine rückläufige Bewegung, die teils mit der Währungsreform, teils mit verminderter Inanspruchnahme seitens der Besatzung zusammenhängt.

Personenverkehr auf der Strecke Linz—Engelhartzell

	1947	1948
April—Juni	80.435	48.219
Juli	33.799	11.210
August	32.500	20.462

Die Beschränkung der Verkehrsstrecke wirkt sich auf die Finanzlage der Schiffahrtslinien äußerst ungünstig aus. Die DDSG, die vor dem Krieg einen durchschnittlichen Deviseneingang von 22 Mill. S erzielte, ist heute auf direkte und indirekte staatliche Zuschüsse angewiesen. Eine leichte Erhöhung der Frachteinnahmen wird durch die Verladung von Kunstdünger als Rückfracht eintreten, wenn auch die beförderten Mengen nur einen Teil der Kapazität beanspruchen. Die Betriebsführung wird jedoch erst dann wieder rentabel gestaltet werden können, wenn es gelingt, den deutsch-österreichischen Handel und den Transitverkehr auf der Donau (der Durchgangsverkehr vom und zum Reich belief sich im Jahre 1936 auf 544.000 t, wovon etwa die Hälfte auf die DDSG entfiel), der zur Zeit infolge der Streckenbeschrän-

kung vollkommen unterbunden ist, wiederzubeleben, wozu der Ausbau des Hafens und die Errichtung einer Freihandelszone in Linz sowie die geplante Fertigstellung des Rhein-Main-Donau-Kanals — die angeblich in den Marshall-Plan einbezogen wurde — wesentlich beitragen könnten.

Über den Verkehr auf der unteren Donau fehlen statistische Daten. Die russische DDSG hält nur einen Personenverkehr aufrecht. Der Frachtverkehr dürfte angesichts der geringen Handelsumsätze mit dem Osten sehr bescheiden sein und sich auf rein russische Transporte beschränken. Auf der österreichischen Donautrecke in der russischen Zone verkehren folgende Schifffahrtslinien:

Gesellschaft	Verkehrsart	Fahrplan
Russische DDSG.	Personenverkehr	täglich, Wien—Greifenstein
Jug. Schifffahrtsgesellschaft	Warenverkehr	wöchentlich, Belgrad—Wien
Russisch-ungar. Meszhart	Personen- und Warenverkehr	halbwöchentlich, Budapest—Wien
Tschechische Schifffahrt	Warenverkehr	wöchentlich, Komorn—Bratislava—Wien
Russisch-rumän. Schifffahrt	Warenverkehr (Petroleum aus Österreich)	unbestimmt

Außenhandel

Dazu statistische Übersichten S. 404

Der in den Sommermonaten Juli und August erwartete saisonmäßige Rückgang der Ausfuhr, der im Juli ausgeblieben war, ist im August tatsächlich eingetreten. Mit 159,3 Mill. S war die Ausfuhr um 14,5 Mill. S geringer als im Vormonat und auch kleiner als in jedem der drei vorangegangenen Monate. Die Einfuhr blieb mit 222,5 Mill. S etwa auf der Höhe des Vormonates.

Saisonmäßig müßte die Ausfuhr im September wieder stärker zunehmen. Es wäre jedoch durchaus möglich, daß ebenso wie im Juli die normale saisonmäßige Entwicklung ausbleibt oder verspätet einsetzt, da die saisonalen Einflüsse zur Zeit noch stark durch zufällige Ereignisse und langfristige Entwicklungstendenzen verdeckt werden. Die bereits für September vorliegenden Schweizer Außenhandelsziffern zeigen jedenfalls, daß die Ausfuhr Österreichs nach der Schweiz im September nicht zugenommen hat. (Im August war die Ausfuhr in die Schweiz auf 16,9 Mill. S, den niedrigsten Wert seit Juli 1947, zurückgegangen.) Dieses Einzelergebnis läßt jedoch, obwohl die Schweiz nach Italien unser wichtigster Absatzmarkt ist, noch keinen Schluß über die Entwicklung der Gesamtausfuhr im September zu. Ge-

rade in letzter Zeit wurde eine Reihe von Handelsvertragsverhandlungen erfolgreich abgeschlossen (Bi-Zone, CSR, Dänemark, Norwegen, Bulgarien), die den Außenhandel zum Teil in neue Bahnen lenken und ihm neue Möglichkeiten eröffnen.

Die auf Grund der neuen Handelsverträge zu erwartende Exportbelebung erscheint um so wichtiger, als Österreichs Außenhandelsvolumen, wie bereits im letzten Bericht ausgeführt wurde, erst ungefähr die Hälfte des Vorkriegsstandes erreicht hat, während das Welthandelsvolumen schon größer ist als vor dem Krieg. (Das Einfuhrvolumen erreicht allerdings unter Einschluß der Hilfslieferungen fast das Vorkriegsniveau.) Österreich wurde auf seinen traditionellen ausländischen Absatzmärkten von einer Reihe von Ländern überflügelt. Die Einbuße, die Österreichs Bedeutung im internationalen Handel erlitt, geht besonders aus einem Vergleich der österreichischen Anteile am Import der wichtigsten Nachbarländer mit jenen der Vorkriegszeit hervor.

Österreichs Bedeutung im Import von vier Nachbarländern¹⁾

	Schweiz	Italien	Tschechoslowakei	Ungarn
	Unter den Bezugsländern dieser Staaten stand Österreich an folgender Stelle			
1937	11	4	7	2
1947	12	20	20	11
1948	11 ²⁾	18 ³⁾	18 ³⁾	8 ⁴⁾

¹⁾ Die Ausfuhr nach den angeführten Ländern betrug in den Monaten Jänner bis August 1948 46% der Gesamtausfuhr.

²⁾ Jänner bis August.

³⁾ Jänner bis April.

⁴⁾ Jänner bis Juni.

Die Zusammenstellung zeigt, daß zwar die gesteigerten Exportbemühungen im laufenden Jahr erfolgreich waren und Österreich trotz der allgemeinen Belebung des Welthandels seine relative Stellung als Bezugsland sowohl in Italien als auch in der CSR und in Ungarn im Vergleich zum Vorjahr verbessern konnte. Die Bedeutung Österreichs als Bezugsland der Nachbarstaaten ist jedoch mit Ausnahme der Schweiz noch immer weitaus geringer als vor dem Krieg. Nur in der Schweiz nimmt Österreich im Jahre 1948 die gleiche Stellung ein wie im Jahre 1937. Diese relativ günstige Position wurde jedoch nur durch eine einseitige Steigerung des österreichischen Exportes in die Schweiz erreicht. (In den ersten acht Monaten des Jahres 1948 gingen 16% unserer Ausfuhr in die Schweiz gegenüber nur 5% im Jahre 1937.)